**Deutscher Bundestag Drucksache** 18/**705**

**18. Wahlperiode** 05.03.2014

**Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 18/433 –**

**Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2013**

Vo r b e m e r kung de r F r a g e s te lle r

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten ergänzenden Informa- tionen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstat- tung wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungs- quote bei tatsächlich inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen: Die so genannte bereinigte Schutz- quote, bei der formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag in den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 im Durchschnitt zwischen 36,1 und 46,5 Prozent – und das, obwohl Flüchtlinge z. B. aus Serbien inzwischen zu nahezu 100 Prozent abgelehnt werden. Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte: Im Jahr 2012 erwiesen sich über 13 Prozent der Klagen gegen ablehnende Asylbescheide als begründet, bei Asylsuchenden aus Afghanistan, Iran oder Pakistan lag die Erfolgsquote im Gerichtsverfahren zuletzt sogar bei etwa 40 Prozent.

Bei einem Fünftel bis einem Viertel aller Asylsuchenden begründet das BAMF seine Ablehnung damit, dass ein anderes Land der Europäischen Union (EU) für die Asylprüfung zuständig sei, 2013 betraf dies vor allem Polen. Die erheb- liche Differenz zwischen der Zahl der Zustimmungen zur Übernahme aus Deutschland und der Zahl der tatsächlichen Überstellungen (2012: 8 249 zu 3 037) weist darauf hin, dass viele Betroffene sich entweder erfolgreich auf gerichtlichem Wege gegen eine Überstellung wehren – wegen erheblicher Mängel in den Asylsystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individu- eller Besonderheiten – oder aber, dass sie im Zweifelsfall lieber „untertauchen“ als gegen ihren Willen in ein Land überstellt zu werden, in dem sie ein unfaires Asylverfahren, unwürdige Lebensbedingungen, Obdachlosigkeit oder sogar eine Inhaftierung fürchten müssen. Das geltende Dublin-II-System produziert somit eine große Zahl von rechtlosen, illegalisierten Schutzsuchenden und er- reicht damit gerade nicht, dass alle Asylsuchende in der EU Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten. Innerhalb des BAMF werden für die zum Teil sehr aufwändigen Dublin-II-Verfahren Personalressourcen gebunden, die weit- aus sinnvoller in der regulären Asylprüfung eingesetzt werden könnten.

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 4. März 2014 über- mittelt und mit Schreiben vom 11. März 2014 korrigiert.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Bei Asylanhörungen wird – mutmaßlich zur Verfahrensbeschleunigung – im- mer häufiger gegen den Grundsatz verstoßen, dass die Person, die einen Asyl- suchenden angehört hat, auch die entsprechende Asylentscheidung treffen und begründen soll. Wegen der großen Bedeutung der persönlichen Glaubwürdig- keit des individuellen Asylvortrags wird diese Identität zwischen Anhörer und Entscheider auch vom BAMF angestrebt. In der Praxis ist dies momentan je- doch häufig nicht der Fall, nur bei der Gruppe besonders vulnerabler Antrag- steller (Traumatisierte, unbegleitete Minderjährige, Menschenhandelsopfer usw.) wird die Personenidentität zu rund 95 Prozent gewahrt. Bei syrischen Asylsuchenden ist dies nur zu 50 Prozent der Fall, in Bezug auf die West- balkanstaaten ebenfalls nur zu 60 Prozent und bei afghanischen Asylsuchenden zu 70 bis 75 Prozent. Auch der Bundesregierung sind diese Zahlen offenbar un- angenehm. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/127 hatte sie zu Frage 15 noch behauptet, selbst ungefähre Einschätzungen hierzu seien dem BAMF nicht möglich. Erst nach einer Beschwerde der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag gab das Bundesministerium des Innern dann die oben genannten Werte bekannt. Fachanwalt Reinhard Marx hat laut „die tageszeitung“ vom

13. Dezember 2013 [(www.taz.de/Asylverfahren-in-Deutschland/!129273/)](http://www.taz.de/Asylverfahren-in-Deutschland/!129273/)) den Eindruck, dass nach seiner eigenen Erfahrung und Gesprächen mit Kollegen die Identität von Anhörer und Entscheider „eher die Ausnahme“ ist.

Eine Möglichkeit zur Optimierung der Arbeitskapazitäten im BAMF ange- sichts gestiegener Asylzahlen wäre, auf massenhafte Widerrufsverfahren zu verzichten. Im Zeitraum 2005 bis 2010 gab es fast ebenso viele Asylwiderrufe (38 500) wie -anerkennungen (41 000). Im Jahr 2012 wurden gut 10 000 Wider- rufsverfahren betrieben, nur noch in jedem 20. Fall kommt es dabei zu einer Aberkennung des zuvor gewährten Flüchtlingsstatus. Für die Betroffenen – poli- tisch verfolgte und häufig traumatisierte Flüchtlinge – sind die Verfahren sehr belastend und für Behörden und Gerichte arbeitsaufwändig. In der EU sieht nur Deutschland obligatorische Widerrufsprüfungen in jedem Fall nach drei Jahren ohne konkreten Anlass vor.

Ein behördliches Asylverfahren in Deutschland dauerte im Jahr 2012 im Durchschnitt ein knappes halbes Jahr. Nachdem die Verfahrensdauer infolge größerer Asylzahlen auf neun Monate gestiegen war, sank sie im dritten Quar- tal 2013 wieder auf 6,6 Monate. Bei bestimmten Herkunftsländern mit gerin- gen Anerkennungsquoten, etwa Serbien und Mazedonien, ist die Verfahrens- dauer infolge von Beschleunigungsmaßnahmen und vorgezogener Entschei- dungen bedeutend kürzer und beträgt etwa zwei Monate. Umso länger dauern die Verfahren bei Flüchtlingen aus Ländern mit hohen Anerkennungschancen, im dritten Quartal 2013 waren es etwa 14 bis 18 Monate bis zu einer Entschei- dung bei den Herkunftsländern Afghanistan, Pakistan und Somalia.

Die Zahl der Asylsuchenden, die über Griechenland nach Deutschland einge- reist sind, ist über die letzten Jahre relativ stabil geblieben, im dritten Quartal 2013 waren es zuletzt 1 022 Personen. Der durch die Aussetzung der Überstel- lungen nach Griechenland oftmals beschworene „Pull-Effekt“ ist somit offen- kundig nicht eingetreten. Gründe hierfür sind die Abschottungsmaßnahmen der EU und push-backs durch griechische Grenzschutzbehörden, aber auch die er- schwerte Weiterflucht von Griechenland in ein anderes Land der EU.

Vom umstrittenen Asyl-Flughafenverfahren waren im Jahr 2012 787 Asyl- suchende betroffen, unter ihnen 230 syrische, 113 afghanische und 108 irani- sche Flüchtlinge sowie 28 unbegleitete Minderjährige. Im Ergebnis wurde 58 Asylsuchenden nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt.

37,8 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2012 waren Kinder. 3,2 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, bei denen die Ge- samtschutzquote zwischen 40,9 und 57,7 Prozent lag. Die Asylverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen dauerten im Jahr 2012 mit durchschnittlich 9,9 Monaten ungewöhnlich lange, zuletzt waren es sogar 11,6 Monate.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG – nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes

– AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK – und von Abschiebungshindernissen nach § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 Auf- enthG) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013, und wie lauten die Vergleichswerte des Vor- jahres (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die zehn wichtigsten Herkunftsländern gesondert darstellen – bitte für jedes dieser zehn Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele einen inter- nationalen Flüchtlingsstatus, wie viele einen subsidiären Schutzstatus zugesprochen bekommen haben; bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz nach § 60 Absatz 2 und 5 AufenthG – unmenschliche Behandlung –, nach § 60 Absatz 3 AufenthG – Todesstrafe –, nach § 60 Absatz 7 Satz 2 AufenthG – bewaffnete Konflikte – und nach § 60 Absatz 7 Satz 1 AufenthG – sonstige existenzielle Gefahren –, bitte auch die Verteilung von subsidiärem Schutz auf nationaler bzw. europäischer Rechtsgrundlage darstellen)?

b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Ge- samtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tat- sächlich inhaltliche und nicht rein formelle (Nicht-)Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a zuvor differenzieren)?

# Die so genannten Gesamtschutzquoten im Sinne der Frage 1a sowie die Quoten im Sinne von Frage 1b können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Art. 16 GG, § 60, 1  AufenthG | | Subsidiärer Schutz | | Gesamtschutz | | Quote zu Frage 1b |
| absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 3 196 | 12,2 | 1 800\* | 6,9\* | 4 996 | 19,1\* | 34,4 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |
| Serbien | 0 | 0,0 | 4 | 0,1 | 4 | 0,1 | 0,1 |
| Syrien | 1 343 | 49,6 | 1 158\* | 42,8\* | 2 501 | 92,4 | 99,7 |
| Mazedonien | 4 | 0,1 | 2 | 0,1 | 6 | 0,2 | 0,3 |
| Eritrea | 117 | 64,6 | 14 | 7,7 | 131 | 72,4 | 99,2 |
| Afghanistan | 343 | 25,7 | 255 | 19,1 | 598 | 44,8 | 63,1 |
| Somalia | 101 | 21,0 | 35\* | 7,3\* | 136 | 28,2 | 63,3 |
| Bosnien-Herzegowina | 0 | 0,0 | 11 | 0,7 | 11 | 0,7 | 1,1 |
| Russische Föderation | 39 | 0,9 | 29 | 0,7 | 68 | 1,6 | 26,7 |
| Iran | 414 | 52,8 | 19 | 2,4 | 433 | 55,2 | 73,9 |
| Kosovo | 1 | 0,1 | 2 | 0,2 | 3 | 0,2 | 0,5 |

\* Die Zahlen wurden entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 11. März 2014 korrigiert.

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | 4. Quartal 2013 | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Asylberechtigung | 317 | 1,2 | 2,2 |
| Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG) | 2 879 | 11,0 | 19,8 |
| Subsidiärer Schutz nach |  |  |  |
| § 60 II AufenthG | 1 346 | 5,1 | 9,3 |
| § 60 III AufenthG | 15 | 0,1 | 0,1 |
| § 60 V AufenthG | – | – | 0,0 |
| § 60 VII Satz 1 AufenthG | 401 | 1,5 | 2,8 |
| § 60 VII Satz 2 AufenthG | 17 | 0,1 | 0,1 |
| § 4 I AsylVfG | 21\* | 0,1\* | 0,1\* |
| Summe nationaler subsidiärer Schutz | 401 | 1,5 | 2,8 |
| Summe europäischer subsidiärer Schutz | 1 399\* | 5,4 | 9,6 |
| Gesamtschutz | 4 996\* | 19,1 | 34,4\* |

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 | Art. 16 GG, § 60, 1  AufenthG | | Subsidiärer Schutz | | Gesamtschutz | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 10 915 | 13,5 | 9 213\* | 11,4 | 20 128 | 24,9 | 39,3 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |
| Russische Föderation | 155 | 1,3 | 116 | 0,9 | 271 | 2,2 | 17,0 |
| Syrien | 2 907 | 31,5 | 5 795\* | 62,8\* | 8 702 | 94,2 | 99,7 |
| Serbien | 1 | 0,0 | 24 | 0,2 | 25 | 0,2 | 0,3 |
| Afghanistan | 1 289 | 21,0 | 1 648 | 26,9 | 2 937 | 47,9 | 56,6 |
| Mazedonien | 6 | 0,1 | 11 | 0,2 | 17 | 0,3 | 0,4 |
| Iran | 1 848 | 52,8 | 96 | 2,7 | 1 944 | 55,5 | 65,8 |
| Pakistan | 784 | 32,9 | 25 | 1,0 | 809 | 33,9 | 41,2 |
| Irak | 2 116 | 50,2 | 159\* | 3,8 | 2 275 | 53,9 | 60,9 |
| Somalia | 452 | 31,0 | 268 | 18,4\* | 720 | 49,3 | 72,4 |
| Eritrea | 373 | 63,1 | 54 | 9,1 | 427 | 72,3 | 95,5 |

\* Die Zahlen wurden entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 11. März 2014 korrigiert.

# Die folgende Tabelle wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministe- riums des Innern vom 11. März 2014 ergänzt.

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Jahr 2013 | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Asylberechtigung | 919 | 1,1 | 1,8 |
| Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG) | 9 996 | 12,3 | 19,5 |
| Subsidiärer Schutz nach |  |  |  |
| § 60 II AufenthG | 6 769 | 8,4 | 13,2 |
| § 60 III AufenthG | 16 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 V AufenthG | 2 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 VII Satz 1 AufenthG | 2 206 | 2,7 | 4,3 |
| § 60 VII Satz 2 AufenthG | 199 | 0,2 | 0,4 |
| § 4 I AsylVfG | 21 | 0,0 | 0,1 |
| Summe nationaler subsidiärer Schutz | 2 208 | 2,7 | 4,3 |
| Summe europäischer subsidiärer Schutz | 7 005 | 8,7 | 13,7 |
| Gesamtschutz | 20 128 | 24,9 | 39,3 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2012 | Art. 16 GG, § 60, 1  AufenthG | | Subsidiärer Schutz | | Gesamtschutz | | Quote zu Frage 1b |
| absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 2 042 | 8,6 | 2 071 | 8,8 | 4 113 | 17,4 | 23,0 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |
| Serbien | 2 | 0,0 | 2 | 0,0 | 4 | 0,0 | 0,1 |
| Syrien | 588 | 26,9 | 1 525 | 69,7 | 2 113 | 96,5 | 99,5 |
| Afghanistan | 204 | 18,0 | 286 | 25,3 | 490 | 43,3 | 49,7 |
| Mazedonien | 0 | 0,0 | 6 | 0,1 | 6 | 0,1 | 0,2 |
| Russische Föderation | 24 | 12,7 | 1 | 0,5 | 25 | 13,2 | 27,8 |
| Bosnien-Herzegowina | 0 | 0,0 | 13 | 0,7 | 13 | 0,7 | 0,8 |
| Irak | 579 | 49,2 | 30 | 2,6 | 609 | 51,8 | 56,9 |
| Iran | 440 | 54,6 | 30 | 3,7 | 470 | 58,3 | 64,0 |
| Pakistan | 34 | 20,4 | 0 | 0,0 | 34 | 20,4 | 28,1 |
| Kosovo | 0 | 0,0 | 14 | 1,0 | 14 | 1,0 | 1,5 |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | 4. Quartal 2012 | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Asylberechtigung | 219 | 0,9 | 1,2 |
| Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG) | 1 823 | 7,7 | 10,2 |
| Subsidiärer Schutz nach |  |  |  |
| § 60 II AufenthG | 1 699 | 7,2 | 9,5 |
| § 60 III AufenthG | 1 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 V AufenthG | 0 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 VII Satz 1 AufenthG | 347 | 1,5 | 1,9 |
| § 60 VII Satz 2 AufenthG | 24 | 0,1 | 0,1 |
| Summe nationaler subsidiärer Schutz | 1 724 | 7,3 | 1,9\* |
| Summe europäischer subsidiärer Schutz | 347 | 1,5 | 9,6\* |
| Gesamtschutz | 4 113 | 17,4 | 23,0\* |

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2012 | Art. 16 GG, § 60, 1  AufenthG | | Subsidiärer Schutz | | Gesamtschutz | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 8 764 | 14,2 | 8 376\* | 13,5 | 17 140 | 27,7 | 35,8 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |
| Serbien | 3 | 0,0 | 20 | 0,1 | 23 | 0,2 | 0,3 |
| Afghanistan | 789 | 17,1 | 1 014 | 21,9 | 1 803 | 39,0 | 44,2 |
| Syrien | 1 987 | 25,5 | 5 480 | 70,2 | 7 467 | 95,7 | 99,7 |
| Irak | 2 657 | 57,4 | 123 | 2,7 | 2 780 | 60,1 | 65,9 |
| Mazedonien | 1 | 0,0 | 9 | 0,1 | 10 | 0,2 | 0,2 |
| Iran | 1 589 | 51,9 | 69 | 2,3 | 1 658 | 54,2 | 61,2 |
| Pakistan | 284 | 17,1 | 16 | 1,0 | 300 | 18,1 | 20,5 |
| Russische Föderation | 133 | 11,0 | 38 | 3,1 | 171 | 14,2 | 23,9 |
| Bosnien-Herzegowina | 0 | 0,0 | 24 | 1,1 | 24 | 1,1 | 1,3 |
| Kosovo | 2 | 0,1 | 52 | 1,9 | 54 | 2,0 | 3,0 |

\* Die Zahlen wurden entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 11. März 2014 korrigiert.

# Die folgende Tabelle wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministe- riums des Innern vom 11. März 2014 ergänzt.

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | 2012 | | Quote zu Frage 1b |
|  | absolut | in Prozent | in Prozent |
| Asylberechtigung | 740 | 1,2 | 1,5 |
| Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG) | 8 024 | 13,0 | 16,8 |
| Subsidiärer Schutz nach |  |  |  |
| § 60 II AufenthG | 6 690 | 10,8 | 14,0 |
| § 60 III AufenthG | 10 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 V AufenthG | 4 | 0,0 | 0,0 |
| § 60 VII Satz 1 AufenthG | 1 398 | 2,3 | 2,9 |
| § 60 VII Satz 2 AufenthG | 274 | 0,4 | 0,6 |
| Summe nationaler subsidiärer Schutz | 1 402 | 2,3 | 2,9 |
| Summe europäischer subsidiärer Schutz | 6 974 | 11,3 | 14,6 |
| Gesamtschutz | 17 140 | 27,7 | 35,8 |

1. Wie viele der Anerkennungen nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK im vier- ten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 beruhten auf staatlicher, nicht- staatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den zehn wichtigsten Her- kunftsländern angeben)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Zeitraum | Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 60 I AufenthG | | | | | |
|  | darunter: | | | | |
| Familienflücht- lingsschutz nach  § 26 IV AsylVfG | staatliche Verfolgung | | nichtstaatliche Verfolgung | |
|  | davon ge- schlechtsspez. Verfolgung |  | davon ge- schlechtsspez. Verfolgung |
| 4. Quartal 2013 | 2 879 | 688 | 1 553 | 38 | 638 | 68 |
| darunter: |  |  |  |  |  |  |
| Serbien | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Syrien | 1 187 | 166 | 911 | 9 | 110 | 0 |
| Mazedonien | 4 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 |
| Eritrea | 109 | 10 | 97 | 3 | 2 | 2 |
| Afghanistan | 332 | 80 | 32 | 2 | 220 | 37 |
| Somalia | 100 | 74 | 2 | 1 | 24 | 7 |
| Bosnien-Herzegowina | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Russische Föderation | 33 | 19 | 14 | 1 | 0 | 0 |
| Iran | 351 | 51 | 291 | 11 | 9 | 3 |
| Kosovo | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Zeitraum | Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 60 I AufenthG | | | | | |
|  | darunter: | | | | |
| Familienflücht- lingsschutz nach  § 26 IV AsylVfG | staatliche Verfolgung | | nichtstaatliche Verfolgung | |
|  | davon ge- schlechtsspez. Verfolgung |  | davon ge- schlechtsspez. Verfolgung |
| Jahr 2013 | 9 996 | 3 060 | 3 991 | 111 | 2 945 | 359 |
| darunter: |  |  |  |  |  |  |
| Russische Föderation | 132 | 72 | 46 | 4 | 14 | 7 |
| Syrien | 2 567 | 550 | 1 733 | 21 | 284 | 20 |
| Serbien | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Afghanistan | 1 233 | 329 | 125 | 9 | 779 | 141 |
| Mazedonien | 4 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 |
| Iran | 1 585 | 234 | 1 314 | 34 | 37 | 12 |
| Pakistan | 755 | 74 | 77 | 6 | 604 | 10 |
| Irak | 2 108 | 1 197 | 39 | 1 | 872 | 20 |
| Somalia | 450 | 273 | 3 | 1 | 174 | 48 |
| Eritrea | 339 | 77 | 257 | 8 | 5 | 3 |

1. Wie viele Widerrufsverfahren wurden im vierten Quartal 2013 bzw. im Ge- samtjahr 2013 eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den ver- schiedenen Formen der Anerkennung und den zehn wichtigsten Herkunfts- ländern differenzieren, zum Vergleich bitte auch die Vorjahreswerte nen- nen), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Er- gebnis gab es in diesen Zeiträumen (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, bitte auch die jeweiligen Widerrufsquoten und zum Vergleich die jeweiligen Vorjahreswerte nennen)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | angelegte Widerrufs- prüf- verfahren | ins- gesamt | Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG | | Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft | | Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz | | kein Widerruf/ Keine Rücknahme | |
|  |  |  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 4 724 | 3 873 | 44 | 1,1 | 53 | 1,4 | 11 | 0,3 | 3 765 | 97,2 |
| Irak | 1 599 | 1 499 | – | – | 27 | 1,8 | 5 | 0,3 | 1 467 | 97,9 |
| Iran | 805 | 675 | – | – | 3 | 0,4 | – | – | 672 | 99,6 |
| Afghanistan | 472 | 357 | – | – | 2 | 0,6 | 3 | 0,8 | 352 | 98,6 |
| Türkei | 266 | 343 | 24 | 7,0 | 3 | 0,9 | – | – | 316 | 92,1 |
| Syrien | 230 | 202 | 2 | 1,0 | – | – | 2 | 1,0 | 198 | 98,0 |
| Somalia | 220 | 105 | – | – | 1 | 1,0 | – | – | 104 | 99,0 |
| Eritrea | 148 | 67 | – | – | – | – | – | – | 67 | 100,0 |
| Sri Lanka | 142 | 28 | 4 | 14,3 | 2 | 7,1 | – | – | 22 | 78,6 |
| Russische Föderation | 115 | 52 | – | – | – | – | – | – | 52 | 100,0 |
| Pakistan | 84 | 95 | 1 | 1,1 | 1 | 1,1 | – | – | 93 | 97,9 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 | angelegte Widerrufs- prüf- verfahren | ins- gesamt | Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG | | Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft | | Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz | | kein Widerruf/ Keine Rücknahme | |
|  |  |  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 13 633 | 11 125 | 258 | 2,3 | 184 | 1,7 | 84 | 0,8 | 10 599 | 95,3 |
| Irak | 4 753 | 4 338 | 13 | 0,3 | 90 | 2,1 | 12 | 0,3 | 4 223 | 97,3 |
| Iran | 2 004 | 1 377 | 6 | 0,4 | 9 | 0,7 | 1 | 0,1 | 1 361 | 98,8 |
| Afghanistan | 1 259 | 873 | 1 | 0,1 | 2 | 0,2 | 11 | 1,3 | 859 | 98,4 |
| Türkei | 1 048 | 909 | 148 | 16,3 | 20 | 2,2 | 7 | 0,8 | 734 | 80,7 |
| Syrien | 646 | 420 | 5 | 1,2 | 9 | 2,1 | 2 | 0,5 | 404 | 96,2 |
| Somalia | 538 | 387 | – | – | 1 | 0,3 | 2 | 0,5 | 384 | 99,2 |
| Russische Föderation | 449 | 192 | 1 | 0,5 | 4 | 2,1 | 1 | 0,5 | 186 | 96,9 |
| Sri Lanka | 410 | 169 | 14 | 8,3 | 5 | 3,0 | 9 | 5,3 | 141 | 83,4 |
| Eritrea | 405 | 370 | – | – | 6 | 1,6 | – | – | 364 | 98,4 |
| Pakistan | 243 | 225 | 2 | 0,9 | 1 | 0,4 | – | – | 222 | 98,7 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2012 | angelegte Widerrufs- prüf- verfahren | ins- gesamt | Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG | | Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft | | Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz | | kein Widerruf/ Keine Rücknahme | |
|  |  |  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 2 128 | 1 790 | 64 | 3,6 | 41 | 2,3 | 22 | 1,2 | 1 663 | 92,9 |
| Irak | 728 | 768 | 1 | 0,1 | 11 | 1,4 | 1 | 0,1 | 755 | 98,3 |
| Iran | 259 | 204 | 2 | 1,0 | 2 | 1,0 | – | – | 200 | 98,0 |
| Türkei | 207 | 305 | 51 | 16,7 | 13 | 4,3 | 3 | 1,0 | 238 | 78,0 |
| Afghanistan | 191 | 100 | – | – | – | – | 4 | 4,0 | 96 | 96,0 |
| Eritrea | 119 | 39 | 1 | 2,6 | – | – | – | – | 38 | 97,4 |
| Sri Lanka | 68 | 54 | 1 | 1,9 | 1 | 1,9 | 2 | 3,7 | 50 | 92,6 |
| Pakistan | 56 | 22 | – | – | – | – | – | – | 22 | 100,0 |
| Somalia | 54 | 24 | – | – | 1 | 4,2 | 1 | 4,2 | 22 | 91,7 |
| Russische Föderation | 53 | 42 | – | – | – | – | 4 | 9,5 | 38 | 90,5 |
| Kosovo | 49 | 15 | 2 | 13,3 | – | – | 2 | 13,3 | 11 | 73,3 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2012 | angelegte Widerrufs- prüf- verfahren | ins- gesamt | Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG | | Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft | | Widerruf/ Rücknahme Subsidiärer Schutz | | kein Widerruf/ Keine Rücknahme | |
|  |  |  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |
| Herkunftsländer gesamt | 7 672 | 10 677 | 193 | 1,8 | 266 | 2,5 | 114 | 1,1 | 10 104 | 94,6 |
| Irak | 3 021 | 5 570 | 11 | 0,2 | 102 | 1,8 | 5 | 0,1 | 5 452 | 97,9 |
| Türkei | 974 | 1 132 | 95 | 8,4 | 32 | 2,8 | 19 | 1,7 | 986 | 87,1 |
| Iran | 675 | 836 | 15 | 1,8 | 9 | 1,1 | 4 | 0,5 | 808 | 96,7 |
| Afghanistan | 542 | 558 | 6 | 1,1 | 26 | 4,7 | 36 | 6,5 | 490 | 87,8 |
| Eritrea | 267 | 283 | 2 | 0,7 | 3 | 1,1 | – | – | 278 | 98,2 |
| Russische Föderation | 245 | 325 | – | – | 5 | 1,5 | 7 | 2,2 | 313 | 96,3 |
| Kosovo | 236 | 142 | 22 | 15,5 | 3 | 2,1 | 12 | 8,5 | 105 | 73,9 |
| Pakistan | 186 | 180 | – | – | 1 | 0,6 | 1 | 0,6 | 178 | 98,9 |
| Sri Lanka | 180 | 316 | 7 | 2,2 | 21 | 6,6 | 8 | 2,5 | 280 | 88,6 |
| Syrien | 164 | 239 | 3 | 1,3 | 17 | 7,1 | – | – | 219 | 91,6 |

1. Wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behörd- lichen Entscheidung im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 (bitte auch die Vergleichswerte des vorherigen Quartals bzw. des Vorjahres nennen), wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d. h. inklusive eines Gerichtsverfahrens), und wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asylerstanträ- gen von unbegleiteten Minderjährigen (bitte jeweils nach den zehn wich- tigsten Herkunftsländern und Erst- und Folgeanträgen differenzieren), und wie will das BAMF die in der Koalitionsvereinbarung als Ziel gesetzte ma- ximal dreimonatige Verfahrensdauer erreichen (bitte detailliert nach Einzel- maßnahmen und Zeitplanung aufführen)?

# Zahlen zur Verfahrensdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung liegen für das Jahr 2013 noch nicht vor. Die übrigen Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| 4. Quartal 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 6,1 |
| darunter: |  |
| Serbien | 2,0 |
| Syrien | 4,3 |
| Mazedonien | 2,2 |
| Eritrea | 14,7 |
| Afghanistan | 12,8 |
| Somalia | 11,0 |
| Bosnien-Herzegowina | 2,3 |
| Russische Föderation | 6,0 |
| Iran | 12,6 |
| Kosovo | 3,2 |

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| 4. Quartal 2013 |  |
| Gesamt | 6,1 |
| davon |  |
| Erstanträge | 6,5 |
| Folgeanträge | 3,7 |

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr 2013 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten |
| Herkunftsländer gesamt | 7,2 |
| darunter: |  |
| Russische Föderation | 5,6 |
| Syrien | 4,6 |
| Serbien | 2,1 |
| Afghanistan | 14,1 |
| Mazedonien | 2,4 |
| Iran | 13,0 |
| Pakistan | 15,0 |
| Irak | 9,5 |
| Somalia | 15,3 |
| Eritrea | 16,9 |

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| Jahr 2013 |  |
| Gesamt | 7,2 |
| darunter: |  |
| Erstanträge | 7,7 |
| Folgeanträge | 4,5 |

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| 3. Quartal 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 6,6 |
| darunter: |  |
| Serbien | 2,1 |
| Russische Föderation | 4,3 |
| Syrien | 4,7 |
| Mazedonien | 2,2 |
| Afghanistan | 14,1 |
| Kosovo | 3,8 |
| Pakistan | 16,2 |
| Bosnien-Herzegowina | 2,4 |
| Somalia | 17,8 |
| Irak | 9,6 |

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| 3. Quartal 2013 |  |
| Gesamt | 6,6 |
| darunter: |  |
| Erstanträge | 7,1 |
| Folgeanträge | 4,0 |

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr 2012 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten |
| Herkunftsländer gesamt | 5,5 |
| darunter: |  |
| Serbien | 1,9 |
| Afghanistan | 9,0 |
| Syrien | 6,5 |
| Irak | 5,6 |
| Mazedonien | 2,1 |
| Iran | 9,4 |
| Pakistan | 7,5 |
| Russische Föderation | 10,2 |
| Bosnien Herzegowina | 1,9 |
| Kosovo | 4,7 |

|  |  |
| --- | --- |
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
| Jahr 2012 |  |
| Gesamt | 5,5 |
| davon |  |
| Erstanträge | 5,8 |
| Folgeanträge | 4,4 |

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen betrug im vierten Quartal 2013 durchschnittlich 10,4 Monate und im Gesamtjahr 2013 durchschnittlich 11,2 Monate.

Zur Verkürzung der Dauer der Asylverfahren auf drei Monate ist zunächst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) personell ausreichend aus- zustatten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen auch weiterhin zü- gige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Dazu sind vorerst die Ergebnisse der Verhandlungen für den Haushalt 2014 abzuwarten.

1. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-II-Verordnung wurden im vier- ten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern (EURODAC = europäische Daten- bank zur Speicherung von Fingerabdrücken) basierenden Verfahren ange- ben und zum Vergleich die Werte des vorherigen Quartals nennen)?

# Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Asyl- erstanträge | Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt | Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asyl- erstanträgen | Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-  Treffer |
| 4. Quartal 2013 | 34 904 | 18 127 | 51,9 | 70,6 |
| 3. Quartal 2013 | 30 880 | 7 692 | 24,9 | 59,4 |
| Jahr 2013 | 109 580 | 35 280 | 32,2 | 66,7 |

* 1. Welche waren in den benannten Zeiträumen die zehn am stärksten be- troffenen Herkunftsländer, und welche die zehn am stärksten angefrag- ten EU-Mitgliedstaaten (bitte in absoluten Werten und in Prozentzahlen angeben sowie in jedem Fall die Zahlen zu Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn nennen)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Übernahmeersuchen | | 3. Quartal 2013 | Übernahmeersuchen | |
| Herkunftsländer | absolut | in Prozent | Herkunftsländer | absolut | in Prozent |
| Russische Föderation | 4 627 | 25,5 | Russische Föderation | 4 928 | 64,1 |
| Somalia | 1 537 | 8,5 | Kosovo | 264 | 3,4 |
| Georgien | 1 124 | 6,2 | Georgien | 262 | 3,4 |
| Afghanistan | 1 071 | 5,9 | Afghanistan | 245 | 3,2 |
| Kosovo | 876 | 4,8 | Syrien | 198 | 2,6 |
| Syrien | 728 | 4,0 | Pakistan | 185 | 2,4 |
| Pakistan | 651 | 3,6 | Somalia | 146 | 1,9 |
| Serbien | 604 | 3,3 | Iran | 144 | 1,9 |
| Eritrea | 518 | 2,9 | Serbien | 123 | 1,6 |
| Iran | 514 | 2,8 | Nigeria | 89 | 1,2 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Übernahmeersuchen | | 3. Quartal 2013 | Übernahmeersuchen | |
| ÜE an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent | ÜE an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent |
| Polen | 4 876 | 26,9 | Polen | 4 575 | 59,5 |
| Italien | 4 138 | 22,8 | Belgien | 534 | 6,9 |
| Belgien | 1 556 | 8,6 | Italien | 533 | 6,9 |
| Ungarn | 1 532 | 8,5 | Ungarn | 434 | 5,6 |
| Schweiz | 1 026 | 5,7 | Frankreich | 336 | 4,4 |
| Frankreich | 954 | 5,3 | Österreich | 268 | 3,5 |
| Schweden | 928 | 5,1 | Schweden | 229 | 3,0 |
| Österreich | 582 | 3,2 | Schweiz | 225 | 2,9 |
| Spanien | 492 | 2,7 | Spanien | 110 | 1,4 |
| Niederlande | 346 | 1,9 | Niederlande | 95 | 1,2 |
| Bulgarien | 226 | 1,2 | Bulgarien | 47 | 0,6 |
| Malta | 251 | 1,4 | Malta | 34 | 0,4 |
| Zypern | 42 | 0,2 | Zypern | 13 | 0,2 |
| Griechenland | 0 | 0,0 | Griechenland | 0 | 0,0 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 | Übernahmeersuchen | | Jahr 2013 | Übernahmeersuchen | |
| Herkunftsländer | absolut | in Prozent | ÜE an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent |
| Russische Föderation | 14 209 | 40,3 | Polen | 13 902 | 39,4 |
| Somalia | 1 902 | 5,4 | Italien | 5 827 | 16,5 |
| Afghanistan | 1 874 | 5,3 | Belgien | 2 831 | 8,0 |
| Georgien | 1 772 | 5,0 | Ungarn | 2 441 | 6,9 |
| Kosovo | 1 515 | 4,3 | Frankreich | 1 741 | 4,9 |
| Syrien | 1 223 | 3,5 | Schweiz | 1 635 | 4,6 |
| Pakistan | 1 056 | 3,0 | Schweden | 1 525 | 4,3 |
| Serbien | 959 | 2,7 | Österreich | 1 259 | 3,6 |
| Iran | 799 | 2,3 | Spanien | 865 | 2,5 |
| Nigeria | 699 | 2,0 | Niederlande | 582 | 1,6 |
|  |  |  | Bulgarien | 334 | 0,9 |
|  |  |  | Malta | 332 | 0,9 |
|  |  |  | Zypern | 74 | 0,2 |
|  |  |  | Griechenland | 0 | 0,0 |

* 1. Wie viele Dublin-II-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständig- keit eines anderen EU-Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutsch- land, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen?

# Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden beim BAMF nach den in der fol- genden Tabelle aufgeführten Kategorien erfasst:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | 4. Quartal 2013 | 3. Quartal 2013 | Jahr 2013 |
| Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt | 2 081 | 814 | 4 203 |
| davon Ablehnungen  nach Artikel 6 Satz 2 Dublin II nach Artikel 7 Dublin II  nach Artikel 15 Dublin II | 10  1  24 | 6  1  8 | 20  23  37 |
| Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt | 8 384 | 6 172 | 21 942 |
| davon Zustimmungen |  |  |  |
| nach Artikel 4 Absatz 3 Dublin II | 60 | 27 | 133 |
| nach Artikel 6 Satz 1 Dublin II | 1 | 0 | 3 |
| nach Artikel 7 Dublin II | 0 | 0 | 4 |
| nach Artikel 8 Dublin II | 1 | 1 | 7 |
| nach Artikel 15 Dublin II | 0 | 0 | 8 |

* 1. Wie viele Überstellungen nach der Dublin-II-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Werten und in Prozentzahlen angeben und auch nach den zehn wichtigsten Herkunfts- ländern und EU-Mitgliedstaaten – in jedem Fall auch Griechenland, Un- garn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), und wie viele die- ser Personen wurden unter Einschaltung des BAMF, aber ohne Durch- führung eines Asylverfahrens überstellt?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Überstellungen | | 3. Quartal 2013 | Überstellungen | |
| Herkunftsländer | absolut | in Prozent | Herkunftsländer | absolut | in Prozent |
| gesamt | 975 |  | gesamt | 1 462 |  |
| darunter: |  |  | darunter: |  |  |
| Russische Föderation | 692 | 71,0 | Russische Föderation | 974 | 66,6 |
| Georgien | 25 | 2,6 | Kosovo | 63 | 4,3 |
| Afghanistan | 23 | 2,4 | Pakistan | 44 | 3,0 |
| Mazedonien | 20 | 2,1 | Georgien | 39 | 2,7 |
| Pakistan | 18 | 1,8 | Afghanistan | 37 | 2,5 |
| Kosovo | 15 | 1,5 | Syrien | 30 | 2,1 |
| Marokko | 15 | 1,5 | Marokko | 24 | 1,6 |
| Somalia | 14 | 1,4 | Tunesien | 21 | 1,4 |
| Iran | 12 | 1,2 | Algerien | 20 | 1,4 |
| Syrien | 12 | 1,2 | Irak | 19 | 1,3 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Überstellungen | | 3. Quartal 2013 | Überstellungen | |
| an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent | an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent |
| gesamt | 975 |  | gesamt | 1 462 |  |
| darunter: |  |  | darunter: |  |  |
| Polen | 617 | 63,3 | Polen | 907 | 62,0 |
| Belgien | 100 | 10,3 | Belgien | 132 | 9,0 |
| Italien | 60 | 6,2 | Ungarn | 95 | 6,5 |
| Österreich | 38 | 3,9 | Italien | 68 | 4,7 |
| Frankreich | 33 | 3,4 | Österreich | 66 | 4,5 |
| Schweiz | 25 | 2,6 | Schweiz | 44 | 3,0 |
| Spanien | 22 | 2,3 | Schweden | 34 | 2,3 |
| Schweden | 21 | 2,2 | Spanien | 31 | 2,1 |
| Ungarn | 20 | 2,1 | Frankreich | 26 | 1,8 |
| Norwegen | 11 | 1,1 | Norwegen | 14 | 1,0 |
| Bulgarien | 5 | 0,5 | Bulgarien | 3 | 0,2 |
| Malta | 2 | 0,2 | Malta | 1 | 0,1 |
| Zypern | 0 | 0,0 | Zypern | 0 | 0,0 |
| Griechenland | 0 | 0,0 | Griechenland | 0 | 0,0 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 | Überstellungen | | Jahr 2013 | Überstellungen | |
| Herkunftsländer | absolut | in Prozent | an Mitgliedstaaten | absolut | in Prozent |
| gesamt | 4 741 |  | gesamt | 4 741 |  |
| darunter: |  |  | darunter: |  |  |
| Russische Föderation | 2 334 | 49,2 | Polen | 2 234 | 47,1 |
| Kosovo | 337 | 7,1 | Belgien | 674 | 14,2 |
| Afghanistan | 194 | 4,1 | Italien | 414 | 8,7 |
| Georgien | 191 | 4,0 | Schweiz | 213 | 4,5 |
| Serbien | 141 | 3,0 | Schweden | 201 | 4,2 |
| Pakistan | 124 | 2,6 | Ungarn | 197 | 4,2 |
| Syrien | 113 | 2,4 | Österreich | 192 | 4,0 |
| Tunesien | 94 | 2,0 | Frankreich | 172 | 3,6 |
| Mazedonien | 92 | 1,9 | Spanien | 136 | 2,9 |
| Marokko | 90 | 1,9 | Norwegen | 67 | 1,4 |
|  |  |  | Bulgarien | 14 | 0,3 |
|  |  |  | Malta | 13 | 0,3 |
|  |  |  | Zypern | 1 | 0,0 |
|  |  |  | Griechenland | 0 | 0,0 |

|  |  |
| --- | --- |
| Zeitraum | Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens |
| 4. Quartal 2013 | 103 |
| 3. Quartal 2013 | 312 |
| Jahr 2013 | 1 370 |

* 1. Wie hoch war der Anteil der in Zuständigkeit der Bundespolizei durch- geführten Dublin-II-Verfahren bzw. Überstellungen in den genannten Zeiträumen?

# Im vierten Quartal 2013 hat die Bundespolizei 11 Ersuchen an andere Staaten gestellt und 11 Überstellungen vollzogen. Im Jahr 2013 hat die Bundespolizei 123 Ersuchen an andere Staaten gestellt und 119 Überstellungen vollzogen.

* 1. Wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-II-Verordnung abgelehnt oder eingestellt oder als unbeachtlich betrachtet, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in ab- soluten und relativen Zahlen angeben)?

# Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Zeitraum | Entscheidungen gesamt | | | | |
|  | davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit) | | | |
|  |  | davon unzulässig (nach § 27a AsylVfG) | davon Einstellungen | davon kein weiteres  Verfahren durchzuführen |
| 4. Quartal 2013 | 26 171 | 7 257 | 6 897 | 218 | 142 |
| 3. Quartal 2013 | 24 332 | 6 029 | 5 810 | 159 | 60 |
| Jahr 2013 | 80 978 | 15 944 | 15 186 | 437 | 321 |

* 1. In wie vielen Fällen wurde in den genannten Zeiträumen bei Asyl- suchenden festgestellt, dass eigentlich Griechenland nach der Dublin-II- Verordnung zuständig wäre (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben)?

# Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

|  |  |
| --- | --- |
| Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands | |
| 4. Quartal 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 692 |
| darunter: |  |
| Afghanistan | 249 |
| Syrien | 175 |
| Pakistan | 58 |
| Iran | 43 |
| Irak | 29 |
| Somalia | 23 |
| Eritrea | 12 |
| Algerien | 10 |
| Nigeria | 9 |
| Ungeklärt | 6 |

|  |  |
| --- | --- |
| Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands | |
| 3. Quartal 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 1 022 |
| darunter: |  |
| Afghanistan | 357 |
| Syrien | 278 |
| Pakistan | 113 |
| Irak | 36 |
| Iran | 35 |
| Nigeria | 19 |
| Algerien | 17 |
| Somalia | 13 |
| Ghana | 12 |
| Marokko | 12 |

|  |  |
| --- | --- |
| Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands | |
| Jahr 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 3 879 |
| darunter: |  |
| Afghanistan | 1 385 |
| Syrien | 1 237 |
| Pakistan | 304 |
| Irak | 196 |
| Iran | 173 |
| Nigeria | 50 |
| Somalia | 50 |
| Algerien | 46 |
| sonstige asiatische Staatsangehörige | 29 |
| Marokko | 28 |

* 1. Wie viel Personal bzw. Arbeitskapazitäten sind im BAMF derzeit in welchem Umfang für Dublin-II-Verfahren bzw. auch in einem weiteren Sinne für Aufgaben im Zusammenhang mit der Dublin-II-Verordnung gebunden, wie hat sich dies in den letzten Jahren entwickelt (bitte so genau wie möglich nach Aufgabengebieten differenzieren, hilfsweise ungefähre Einschätzungen fachkundiger Bediensteter des BAMF an- geben), und welche entsprechenden Angaben lassen sich zum Bereich der Widerrufsprüfungen machen?

# Die in den Zentralreferaten eingesetzten Ressourcen im Dublin-Bereich haben sich von 20,36 Sachbearbeitungs-Stellen (SB) und 19,84 Bürosachbearbeitungs- Stellen (Bsb) im Februar 2010 auf 30,05 SB-Stellen und 31,79 Bsb-Stellen im Februar 2014 erhöht. Zudem werden derzeit Dublin-Verfahren auch in den Au- ßenstellen bearbeitet. Hier sind etwa 50 SB-Entscheider auch mit der Erstellung von Übernahmeersuchen beauftragt.

Im Februar 2010 waren im Zusammenhang mit Widerrufsprüfungen 9,32 SB- Stellen und 5,14 Bsb-Stellen besetzt. Im Februar 2014 sind es 13,45 SB-Stellen und 11,55 Bsb-Stellen.

* 1. Welche ungefähren Einschätzungen kann die Bundesregierung zu der durchschnittlichen Dauer eines Dublin-II-Verfahrens bis zur Überstel- lung machen (soweit möglich auch zu Besonderheiten in Bezug auf ein- zelne Mitgliedstaaten), und wie ist deren Einschätzung zu den Gründen für die Diskrepanz zwischen der Zahl der Zustimmungen zur Über- nahme bzw. der tatsächlichen Überstellungen (bitte ausführen)?

# Angaben im Sinne der Frage werden statistisch nicht erfasst. Auch sind unge- fähre Einschätzungen zur durchschnittlichen Dauer eines Dublin-Verfahrens bis zur Überstellung wegen der je nach Einzelfall sehr unterschiedlichen Verfah- rensdauer nicht möglich.

Die im Vergleich zur Zahl der Zustimmungen zu Übernahmeersuchen geringere Zahl von tatsächlich erfolgten Überstellungen erklärt sich im Wesentlichen aus dem Untertauchen der Asylbewerber vor der Überstellung, der Geltendmachung von Reiseunfähigkeit, der Aussetzung der Dublin-Überstellungen durch Ge- richte und dem Einlegen von Petitionen.

* 1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des UNHCR nach einem Überstellungsstopp nach Bulgarien wegen systemischer Mängel im dortigen Asylsystem (vgl. [www.proasyl.de/de/news/detail/news/](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/) unhcr\_ fordert\_ueberstellungsstopp\_nach\_bulgarien/), und was hat die Bundesregierung diesbezüglich bislang unternommen bzw. was plant sie (bitte ausführen)?

# Bulgarien unternimmt derzeit vor allem mit Hilfe des Europäischen Unterstüt- zungsbüros für Asylfragen (EASO) und des UNHCR große Anstrengungen, um trotz des gestiegenen Flüchtlingszustroms im Jahr 2013 die Anforderungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems an Asylverfahren und Aufnahmebe- dingungen zu gewährleisten. Der UNHCR hat insoweit bereits eine Verbesse- rung der Verhältnisse für Asylbewerber in Bulgarien festgestellt. Deutschland hat EASO-Asylexperten zur Unterstützung der bulgarischen Behörden angebo- ten. Im Jahr 2013 gab es in Deutschland nur relativ wenige Asylbewerber mit Dublin-Bezügen zu Bulgarien. Es erfolgten lediglich 14 Rücküberstellungen. Deutschland wendet derzeit weiterhin das Dublin-Verfahren gegenüber Bulga- rien an. Dabei prüft das BAMF in jedem Einzelfall, ggf. in Abstimmung mit den bulgarischen Behörden, die Rechtmäßigkeit einer Überstellung.

1. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 (bitte zum Vergleich auch die Werte des vorherigen Jahres nennen) nach § 14a Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden ge- stellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kin- dern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und Prozentzahlen in Relation zur Ge- samtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jäh- riger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

# Die sog. Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2013 bei 57,5 Prozent, bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 40,6 Prozent und bei Personen unter 18 Jahren bei 17,1 Prozent. Im Jahr 2013 lag sie bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren im Jahr 2013 bei 61,2 Prozent (2012: 47,2 Prozent), bei Unbegleiteten

im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 46,0 Prozent (2012: 38,9 Prozent) und

bei Personen unter 18 Jahren bei 24,2 Prozent (2012: 29,4 Prozent).

Die sog. bereinigte Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im vierten Quartal 2013 bei 61,0 Prozent, bei unbegleiteten Min- derjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 45,9 Prozent und bei Per- sonen unter 18 Jahren bei 30,5 Prozent. Im gesamten Jahr 2013 lag sie bei un- begleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren 2013 bei 64,8 Prozent (2012 50,5 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 49,8 Prozent (2012: 42,4 Prozent) und bei Personen unter 18 Jah-

ren bei 39,2 Prozent (2012: 36,2 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teil- mengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben. Bei Anträgen nach § 14a Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG), die nur Kinder un- ter 16 Jahre betreffen, kann statistisch nicht unterschieden werden, ob ein Kind hier geboren oder eingereist ist.

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | | | | 4. Quartal 2013 | |
| absolut | Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt |
| Asylerstanträge gesamt | | | | 34 904 |  |
|  | Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt | | | 11 379 | 32,6 % |
|  | Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre | | 10 096 | 28,9 % |
|  | unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre | 203 | 0,6 % |
| Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylVfG | 783 | 2,2 % |
| Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre | | 1 283 | 3,7 % |
|  | unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre) | 654 | 1,6 % |

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | | | | Jahr 2013 | | Jahr 2012 | |
| absolut | Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt | absolut | Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt |
| Asylerstanträge gesamt | | | | 109 580 |  | 64 539 |  |
|  | Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt | | | 38 799 | 35,4 % | 24 388 | 37,8 % |
|  | Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre | | 34 656 | 31,6 % | 21 268 | 33,0 % |
|  | unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre | 638 | 0,6 % | 598 | 0,9 % |
| Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylVfG | 2 951 | 2,7 % | 2 344 | 3,6 % |
| Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre | | 4 143 | 3,8 % | 3 120 | 4,8 % |
|  | unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre) | 1 847 | 1,7 % | 1 498 | 2,3 % |

1. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vier- ten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 einen Asylerstantrag gestellt (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern aufgliedern), und wie hoch war die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen in den genannten Zeiträumen (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |
| --- | --- |
|  | Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger |
| 4. Quartal 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 768 |
| darunter |  |
| Afghanistan | 172 |
| Somalia | 129 |
| Syrien | 95 |
| Eritrea | 68 |
| Ägypten | 55 |
| Guinea | 23 |
| Äthiopien | 21 |
| Irak | 18 |
| Marokko | 16 |
| Pakistan | 14 |

|  |  |
| --- | --- |
|  | Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger |
| 4. Quartal 2013 |  |
| Bundesländer gesamt | 768 |
| davon |  |
| Baden-Württemberg | 47 |
| Bayern | 192 |
| Berlin | 40 |
| Brandenburg | 5 |
| Bremen | 11 |
| Hamburg | 112 |
| Hessen | 145 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6 |
| Niedersachsen | 35 |
| Nordrhein-Westfalen | 98 |
| Rheinland-Pfalz | 18 |
| Saarland | 21 |
| Sachsen | 14 |
| Sachsen-Anhalt | 1 |
| Schleswig-Holstein | 18 |
| Thüringen | 5 |

|  |  |
| --- | --- |
|  | Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger |
| Jahr 2013 |  |
| Herkunftsländer gesamt | 2 486 |
| darunter |  |
| Afghanistan | 691 |
| Somalia | 354 |
| Syrien | 287 |
| Eritrea | 138 |
| Ägypten | 119 |
| Pakistan | 88 |
| Irak | 86 |
| Guinea | 73 |
| Äthiopien | 53 |
| Russische Föderation | 47 |

|  |  |
| --- | --- |
|  | Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger |
| Jahr 2013 |  |
| Bundesländer gesamt | 2 486 |
| davon |  |
| Bayern | 451 |
| Berlin | 153 |
| Brandenburg | 13 |
| Bremen | 42 |
| Hamburg | 362 |
| Hessen | 544 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 12 |
| Niedersachsen | 138 |
| Nordrhein-Westfalen | 350 |
| Rheinland-Pfalz | 61 |
| Saarland | 71 |
| Sachsen | 35 |
| Sachsen-Anhalt | 3 |
| Schleswig-Holstein | 63 |
| Thüringen | 18 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | ENTSCHEIDUNGEN über Erstanträge | | | | |
|  | insgesamt | Anerkennun- gen als Asyl- berechtigte (Art. 16a u. Familienasyl) | Gewährung von Flüchtlings- schutz  gemäß § 60 I AufenthG | Abschiebungs- verbot gemäß  § 60 II,III,VII  S. 2 AufenthG festgestellt | Abschiebungs- verbot gemäß  § 60 IV,V,VII  S. 1 AufenthG festgestellt |
| 4. Quartal 2013\* | 167 | 1 | 50 | 27 | 13 |
| davon |  | | | | |
| Afghanistan | 37 | – | 17 | 2 | 5 |
| Somalia | 4 | – | 3 | – | – |
| Syrien | 46 | 1 | 20 | 24 | – |
| Eritrea | – | – | – | – | – |
| Ägypten | 3 | – | – | – | – |
| Guinea | 4 | – | 1 | – | 1 |
| Äthiopien | 6 | – | 1 | – | 2 |
| Irak | 8 | – | – | – | 2 |
| Marokko | 4 | – | – | – | – |
| Pakistan | 9 | – | 3 | – | – |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013\* | 1 024 | 5 | 176 | 179 | 220 |
| davon |  | | | | |
| Afghanistan | 422 | 1 | 67 | 33 | 173 |
| Somalia | 38 | – | 12 | 10 | 3 |
| Syrien | 176 | 1 | 50 | 122 | – |
| Eritrea | 15 | – | 7 | 2 | 3 |
| Ägypten | 24 | – | – | – | – |
| Pakistan | 32 | 2 | 12 | – | 1 |
| Irak | 63 | – | 8 | 1 | 9 |
| Guinea | 24 | – | 4 | 1 | 5 |
| Äthiopien | 21 | – | 3 | 1 | 4 |
| Russische Föderation | 14 | – | 1 | – | – |

\* Etwaige Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Einzelentscheidungen zu allen Entscheidungen.

1. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) wurden im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugend- ämter übergeben, und wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zu- rückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differen- zieren)?

# Die Angaben für das vierte Quartal 2013 und das Jahr 2013 können den folgen- den Tabellen entnommen werden, wobei nur Daten zu Minderjährigen unter 16 Jahren im Sinne von § 80 AufenthG bzw. § 12 AsylVfG erfasst werden:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 nach Grenze | Anzahl | davon zurückgewiesen | davon zurückgeschoben | davon Übergabe an Jugendämter |
| Gesamt | 161 | 0 | 7 | 148 |
| Frankreich | 40 | 0 | 1 | 39 |
| Österreich | 39 | 0 | 0 | 39 |
| Belgien | 27 | 0 | 2 | 25 |
| Flughäfen | 23 | 0 | 0 | 19 |
| Niederlande | 18 | 0 | 3 | 15 |
| Schweiz | 8 | 0 | 0 | 8 |
| Dänemark | 3 | 0 | 1 | 0 |
| Tschechische Republik | 2 | 0 | 0 | 2 |
| Luxemburg | 1 | 0 | 0 | 0 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013  nach Staatsangehörigkeit | Anzahl | davon zurückgewiesen | davon zurückgeschoben | davon Übergabe an Jugendämter |
| Afghanistan | 80 | 0 | 3 | 73 |
| Somalia | 17 | 0 | 0 | 17 |
| Marokko | 17 | 0 | 4 | 13 |
| Eritrea | 10 | 0 | 0 | 10 |
| Ägypten | 7 | 0 | 0 | 7 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 nach Grenze | Anzahl | davon zurückgewiesen | davon zurückgeschoben | davon Übergabe an Jugendämter |
| Gesamt | 443 | 4 | 29 | 394 |
| Frankreich | 113 | 0 | 1 | 111 |
| Österreich | 80 | 0 | 2 | 77 |
| Belgien | 79 | 0 | 15 | 64 |
| Flughäfen | 65 | 1 | 0 | 53 |
| Niederlande | 57 | 3 | 9 | 44 |
| Schweiz | 29 | 0 | 1 | 28 |
| Dänemark | 11 | 0 | 1 | 8 |
| Polen | 4 | 0 | 0 | 4 |
| Tschechische Republik | 3 | 0 | 0 | 3 |
| Luxemburg | 2 | 0 | 0 | 2 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013  nach Staatsangehörigkeit | Anzahl | davon zurückgewiesen | davon zurückgeschoben | davon Übergabe an Jugendämter |
| Afghanistan | 188 | 3 | 5 | 173 |
| Marokko | 48 | 0 | 8 | 40 |
| Somalia | 35 | 0 | 1 | 33 |
| Eritrea | 28 | 0 | 2 | 26 |
| Syrien | 19 | 0 | 0 | 18 |

Etwaige Differenzen zwischen der Zahl der Aufgegriffenen und den aufgeführ- ten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa die Übergabe an zur Abholung berechtigte Personen.

1. Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2013 bzw. Gesamtjahr 2013 bzw. im Vorjahr als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte An- gaben differenziert nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 | Ablehnungen insgesamt | darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt |
| insgesamt | 9 522 | 7 169 |
| davon |  |  |
| Serbien | 3 141 | 2 956 |
| Syrien | 8 | 0 |
| Mazedonien | 1 716 | 1 627 |
| Eritrea | 1 | 0 |
| Afghanistan | 349 | 4 |
| Somalia | 79 | 6 |
| Bosnien-Herzegowina | 1 008 | 888 |
| Russische Föderation | 187 | 57 |
| Iran | 153 | 5 |
| Kosovo | 624 | 540 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Jahr 2013 | Ablehnungen insgesamt | darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt |
| insgesamt | 31 145 | 19 372 |
| davon |  |  |
| Russische Föderation | 1 319 | 350 |
| Syrien | 23 | 2 |
| Serbien | 7 255 | 6 775 |
| Afghanistan | 2 255 | 46 |
| Mazedonien | 3 881 | 3 496 |
| Iran | 1 012 | 34 |
| Pakistan | 1 153 | 254 |
| Irak | 1 459 | 136 |
| Somalia | 274 | 19 |
| Eritrea | 20 | 5 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Jahr 2012 | Ablehnungen insgesamt | darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt |
| insgesamt | 30 700 | 21 036 |
| davon |  |  |
| Serbien | 9 111 | 8 640 |
| Afghanistan | 2 274 | 48 |
| Syrien | 19 | 7 |
| Irak | 1 437 | 151 |
| Mazedonien | 4 535 | 4 348 |
| Iran | 1 050 | 44 |
| Pakistan | 1 163 | 230 |
| Russische Föderation | 543 | 162 |
| Bosnien-Herzegowina | 1 796 | 1 681 |
| Kosovo | 1 769 | 1 447 |

1. Wie viele so genannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der un- begleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 |  |  | Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung | |
| Flughafen | Aktenanlage | Mitteilung  § 18a VI | offensichtlich unbegründet | eingestellt |
| Düsseldorf | 18 | 16 | 1 | 0 |
| Berlin | 0 | 0 | 0 | 0 |
| München | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Frankfurt | 155 | 145 | 16 | 0 |
| Summe | 174 | 162 | 17 | 0 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| 4. Quartal 2013 |  |  | Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung | |
| Herkunftsland | Aktenanlage | Mitteilung  § 18a VI | offensichtlich unbegründet | eingestellt |
| Syrien | 43 | 42 | 0 | 0 |
| Afghanistan | 19 | 26 | 0 | 0 |
| Kamerun | 19 | 12 | 7 | 0 |
| Irak | 16 | 15 | 1 | 0 |
| Eritrea | 14 | 14 | 0 | 0 |
| Iran | 12 | 11 | 0 | 0 |
| Somalia | 10 | 10 | 0 | 0 |
| China | 7 | 7 | 0 | 0 |
| Ägypten | 5 | 5 | 0 | 0 |
| Nigeria | 4 | 0 | 3 | 0 |
| Kongo, Dem. Republik | 4 | 2 | 2 | 0 |
| Summe | 174 | 162 | 17 | 0 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 |  |  | Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung | |
| Flughafen | Aktenanlage | Mitteilung  § 18a VI | offensichtlich unbegründet | eingestellt |
| Düsseldorf | 115 | 100 | 1 | 0 |
| Berlin | 5 | 2 | 3 | 0 |
| München | 11 | 4 | 0 | 0 |
| Frankfurt/M. Flughafen | 841 | 793 | 44 | 0 |
| Summe | 972 | 899 | 48 | 0 |

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Jahr 2013 |  |  | Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung | |
| Herkunftsland | Aktenanlage | Mitteilung  § 18a VI | offensichtlich unbegründet | eingestellt |
| Syrien | 322 | 317 | 0 | 0 |
| Afghanistan | 114 | 105 | 0 | 0 |
| Somalia | 76 | 76 | 0 | 0 |
| Iran | 67 | 66 | 0 | 0 |
| Irak | 62 | 57 | 2 | 0 |
| Pakistan | 37 | 34 | 1 | 0 |
| Kongo, Demokrat. Republik | 36 | 30 | 6 | 0 |
| Kamerun | 32 | 21 | 9 | 0 |
| Sri Lanka | 30 | 32 | 0 | 0 |
| Eritrea | 27 | 27 | 0 | 0 |
| Herkunftsländer gesamt | 972 | 899 | 48 | 0 |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | | | | Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen  nach Antragstellung | |
| Frankfurt/Main |  | Aktenanlage | Mitteilung  § 18a VI | offensichtlich unbegründet | eingestellt |
| Unbegleitete Antragsteller unter 18 Jahre | 4. Quartal 2013 | 28 | 32 | 1 | 0 |
| Jahr 2013 | 180 | 178 | 2 | 0 |

1. Wie lautet die Statistik zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2013 (soweit vorliegend, bitte wie in der Ant- wort zu Frage 7 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/ 4627 darstellen), und welche Angaben zur Dauer des gerichtlichen Ver- fahrens können gemacht werden?

# Angaben können, soweit bereits vorliegend, den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Erst- und Folgeanträge | | | | | | | | | |
| Januar – November 2013 | ein- gelegte Klagen, Berufun- gen, Re- visionen | Gerichtsentscheidungen | | | | | | |  |
|  | Art. 16a/Flücht- lingsschutz/sub- sidiärer Schutz | | Ablehnungen | | sonstige Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknahmen) | | an- hängige Rechts- mittel |
|  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |  |
| Herkunfts- länder gesamt | 35 241 | 28 702 | 3 709 | 12,9 | 8 774 | 30,6 | 16 219 | 56,5 | 34 569 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Russische Föderation | 6 732 | 1 397 | 28 | 2,0 | 188 | 13,5 | 1 181 | 84,5 | 6 158 |
| Serbien | 6 137 | 7 077 | 39 | 0,6 | 2 051 | 29,0 | 4 987 | 70,5 | 5 150 |
| Mazedonien | 3 536 | 3 746 | 26 | 0,7 | 1 197 | 32,0 | 2 523 | 67,4 | 3 098 |
| Afghanistan | 2 946 | 3 421 | 1 440 | 42,1 | 674 | 19,7 | 1 307 | 38,2 | 3 809 |
| Syrien | 2 350 | 1 636 | 536 | 32,8 | 215 | 13,1 | 885 | 54,1 | 1 763 |
| Kosovo | 1 631 | 1 615 | 55 | 3,4 | 656 | 40,6 | 904 | 56,0 | 1 413 |
| Bosnien- Herze- gowina | 1 392 | 1 247 | 17 | 1,4 | 320 | 25,7 | 910 | 73,0 | 1 211 |
| Irak | 1 284 | 1 226 | 148 | 12,1 | 738 | 60,2 | 340 | 27,7 | 1 557 |
| Iran | 1 175 | 1 127 | 433 | 38,4 | 280 | 24,8 | 414 | 36,7 | 1 340 |
| Pakistan | 1 037 | 916 | 324 | 35,4 | 282 | 30,8 | 310 | 33,8 | 1 290 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Widerrufsverfahren | | | | | | | | | |
| Januar – November 2013 | ein- gelegte Klagen, Berufun- gen, Re- visionen | Gerichtsentscheidungen | | | | | | |  |
|  | Widerruf Art. 16a/ Flüchtlingseigen- schaft/subsidiärer Schutz | | kein Widerruf | | sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknahmen) | | an- hängige Rechts- mittel |
|  | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |  |
| Herkunfts- länder gesamt | 262 | 394 | 147 | 37,3 | 113 | 28,7 | 134 | 34,0 | 487 |
| darunter |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Türkei | 107 | 172 | 49 | 28,5 | 69 | 40,1 | 54 | 31,4 | 137 |
| Irak | 47 | 36 | 18 | 50,0 | 6 | 16,7 | 12 | 33,3 | 101 |
| Kosovo | 22 | 21 | 15 | 71,4 | 1 | 4,8 | 5 | 23,8 | 25 |
| Afghanistan | 18 | 58 | 20 | 34,5 | 15 | 25,9 | 23 | 39,7 | 55 |
| Sri Lanka | 15 | 23 | 9 | 39,1 | 11 | 47,8 | 3 | 13,0 | 18 |
| Iran | 8 | 14 | 6 | 42,9 | 2 | 14,3 | 6 | 42,9 | 17 |
| Syrien | 6 | 1 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 1 | 100,0 | 12 |
| Russische Föderation | 4 | 4 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 4 | 100,0 | 15 |
| Serbien | 3 | 3 | 0 | 0,0 | 1 | 33,3 | 2 | 66,7 | 4 |
| Togo | 2 | 10 | 5 | 50,0 | 2 | 20,0 | 3 | 30,0 | 11 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten | | |
|  | Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge: | Verfahrensdauer Widerrufe: |
| Jan–November 2013\* | 9,5 | 27,8 |

\* Die Zahlen wurden entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 11. März 2014 korrigiert.

1. Wie viele Asylanhörungen gab es im vierten Quartal 2013 bzw. im Ge- samtjahr 2013 (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |
| --- | --- |
| Anhörungen im 4. Quartal 2013 | Anzahl |
| Herkunftsländer gesamt | 12 696 |
| darunter |  |
| Serbien | 2 805 |
| Syrien | 2 121 |
| Mazedonien | 1 605 |
| Eritrea | 285 |
| Afghanistan | 570 |
| Somalia | 235 |
| Bosnien-Herzegowina | 768 |
| Russische Föderation | 302 |
| Iran | 401 |
| Kosovo | 561 |

|  |  |
| --- | --- |
| Anhörungen Jahr 2013 | Anzahl |
| Herkunftsländer gesamt | 46 409 |
| darunter |  |
| Russische Föderation | 2 752 |
| Syrien | 7 068 |
| Serbien | 6 232 |
| Afghanistan | 3 850 |
| Mazedonien | 3 656 |
| Iran | 2 779 |
| Pakistan | 1 927 |
| Irak | 1 667 |
| Somalia | 1 083 |
| Eritrea | 591 |

1. Wie waren die Schutzquoten und die Zahlen der Schutzgesuche bei Asyl- suchenden aus Tunesien, Ägypten, Marokko, Syrien und Libyen im vier- ten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2013?

# Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Herkunftsland | 4. Quartal 2013 | | | | Jahr 2013 | | | |
| Schutzgesuche | | Gesamtschutz | | Schutzgesuche | | Gesamtschutz | |
| Erst- anträge | Folge- anträge | absolut | In Prozent | Erst- anträge | Folge- anträge | absolut | In Prozent |
| Ägypten | 973 | 5 | 22 | 26,5 | 2 133 | 14 | 88 | 26,9 |
| Libyen | 144 | 2 | 7 | 13,5 | 346 | 12 | 16 | 11,9 |
| Marokko | 364 | 16 | 0 | 0 | 1 191 | 41 | 7 | 1,2 |
| Syrien | 4 097 | 337 | 2 501 | 92,4 | 11 851 | 1 012 | 8 702 | 94,2 |
| Tunesien | 198 | 6 | 4 | 5,4 | 597 | 43 | 5 | 1,6 |

1. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Staats- angehörigen aus Serbien, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bos- nien-Herzegowina in den Monaten November und Dezember 2013 bzw. Januar 2014 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma- Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge in diesen Mona- ten jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

# Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Asylanträge November 2013 | | | Entscheidungen über Asylanträge November 2013 | | | | | |
| Herkunftsland | Asyl- anträge gesamt | davon Erst- anträge | davon Folge- anträge | ins- gesamt | Anerken- nungen als Asyl- berechtigte (Art. 16a und Fami- lienasyl) | Gewäh- rung von Flücht- lings- schutz gem. § 60 I AufenthG | Abschie- bungs- verbot gem. § 60 II,III,V,VII  AufenthG festgestellt | Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.) | sonstige Verfah- renserledi- gungen |
| Albanien | 252 | 246 | 6 | 62 | – | – | 7 | 39 | 16 |
| darunter Roma | 5 | 5 | – | – | – | – | – | – | – |
| Bosnien– Herzegowina | 692 | 493 | 199 | 765 | – | – | 10 | 474 | 281 |
| darunter Roma | 566 | 386 | 180 | 620 | – | – | 2 | 368 | 250 |
| Montenegro | 55 | 46 | 9 | 38 | – | – | – | 14 | 24 |
| darunter Roma | 42 | 34 | 8 | 31 | – | – | – | 12 | 19 |
| Mazedonien | 1 357 | 932 | 425 | 1 093 | – | 2 | 1 | 644 | 446 |
| darunter Roma | 986 | 608 | 378 | 889 | – | – | 1 | 499 | 389 |
| Serbien | 2 613 | 1 769 | 844 | 1 999 | – | – | – | 1 160 | 839 |
| darunter Roma | 2 447 | 1 630 | 817 | 1 861 | – | – | – | 1 070 | 791 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Asylanträge Dezember 2013 | | | Entscheidungen über Asylanträge Dezember 2013 | | | | | |
| Herkunftsland | Asyl- anträge gesamt | davon Erst- anträge | davon Folge- anträge | ins- gesamt | Anerken- nungen als Asyl- berechtigte (Art. 16a und Fami- lienasyl) | Gewäh- rung von Flücht- lings- schutz gem. § 60 I AufenthG | Abschie- bungs- verbot gem. § 60 II,III,V,VII  AufenthG festgestellt | Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.) | sonstige Verfah- renserledi- gungen |
| Albanien | 287 | 280 | 7 | 106 | – | – | – | 70 | 36 |
| darunter Roma | 19 | 19 | – | 8 | – | – | – | 4 | 4 |
| Bosnien- Herzegowina | 513 | 349 | 164 | 307 | – | – | 1 | 212 | 94 |
| darunter Roma | 397 | 251 | 146 | 258 | – | – | – | 179 | 79 |
| Montenegro | 46 | 29 | 17 | 26 | – | – | – | 10 | 16 |
| darunter Roma | 33 | 23 | 10 | 20 | – | – | – | 8 | 12 |
| Mazedonien | 775 | 570 | 205 | 493 | – | – | – | 359 | 134 |
| darunter Roma | 547 | 372 | 175 | 359 | – | – | – | 240 | 119 |
| Serbien | 2 416 | 1 613 | 803 | 1 138 | – | – | 4 | 884 | 250 |
| darunter Roma | 2 263 | 1 490 | 773 | 1 095 | – | – | 4 | 856 | 235 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Asylanträge Januar 2014 | | | Entscheidungen über Asylanträge Januar 2014 | | | | | | |
| Herkunftsland | Asyl- anträge gesamt | davon Erst- anträge | davon Folge- anträge | ins- gesamt | Anerken- nungen als Asylbe- rechtigte (Art. 16a und Fami- lienasyl) | Gewäh- rung von Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylVfG | Gewäh- rung von subsidiä- rem Schutz gem § 4 I AsylVfG | Feststel- lung eines Abschie- bungsver- botes gem.  § 60V/VII  AufenthG | Ableh- nungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.) | sonstige Verfah- renserledi- gungen |
| Albanien | 420 | 418 | 2 | 112 | – | 1 | – | 7 | 84 | 20 |
| darunter Roma | 36 | 36 | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Bosnien- Herzegowina | 775 | 618 | 157 | 436 | – | – | – | – | 324 | 112 |
| darunter Roma | 511 | 372 | 139 | 343 | – | – | – | – | 255 | 88 |
| Montenegro | 77 | 41 | 36 | 26 | – | – | – | – | 20 | 6 |
| darunter Roma | 56 | 26 | 30 | 20 | – | – | – | – | 16 | 4 |
| Mazedonien | 1 024 | 746 | 278 | 680 | – | – | – | – | 520 | 160 |
| darunter Roma | 705 | 474 | 231 | 530 | – | – | – | – | 387 | 143 |
| Serbien | 2 548 | 1 776 | 772 | 1 812 | – | 1 | 4 | 1 | 1 259 | 547 |
| darunter Roma | 2 353 | 1 620 | 733 | 1 680 | – | – | 4 | – | 1 168 | 508 |

1. In Bezug auf welche Herkunftsländer werden Asylanträge derzeit prioritär bearbeitet, welche neuen Informationen gibt es zur Personalsituation, -ent- wicklung und -planung im BAMF und unterstützende Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich Asyl, und wie ist die Bilanz der bisherigen Ver- suche, das Personal im Bereich der Asylprüfung vorübergehend respek- tive dauerhaft aufzustocken?

# Derzeit werden Asylanträge aus den Ländern des Westbalkans und Syrien prio- ritär bearbeitet.

Im Jahr 2013 erfolgten, überwiegend im gehobenen Dienst, etwa 75 Einstellun- gen für den Bereich Asyl. Zum 1. Januar 2014 waren im BAMF im Bereich der Asyl- und Dublin-Verfahren 288,7 Stellen mit Sachbearbeitern und 411,0 Stellen mit Bürosachbearbeitern besetzt. Davon waren etwa 188 Stellen befristet.

Darüber hinaus wird das BAMF neben 12 Beschäftigten aus dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung auch weiterhin mit derzeit 104 Beschäf- tigten vorübergehend von der Bundespolizei unterstützt. Die Verstärkung des Entscheiderbereichs in den Außenstellen des BAMF durch Personal des geho- benen Dienstes aus anderen Arbeitsbereichen des Hauses wird aufrechterhalten. Die Personalgewinnung wird auch im Jahr 2014 im Rahmen der vorhandenen Stellen intensiviert werden.

1. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzung der Bundesregie- rung derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asyl- verfahren in der Praxis gewahrt (soweit möglich bitte auch nach Ländern differenzieren), und wie beurteilt und rechtfertigt es das BAMF, dass so häufig (siehe Vorbemerkung der Fragesteller) gegen den eigenen Grund- satz verstoßen wird, eine solche Einheit anzustreben?

# Die Bundesregierung weist zunächst darauf hin, dass die auf ausdrücklichen Wunsch der Fragesteller durch fachkundige Bedienstete des BAMF vor- genommenen Schätzungen nur äußerst grob sind und entsprechende Ungenau- igkeiten aufweisen können. Die in der Vorbemerkung der Fragesteller zitierten Werte haben sich nicht verändert.

Grob geschätzt ist danach derzeit davon auszugehen, dass die Identität von An- hörer und Entscheider in rund 95 Prozent der Verfahren vulnerabler Gruppen (unbegleitete Minderjährige, Folteropfer und Traumatisierte, geschlechtsspe- zifisch Verfolgte, Opfer des Menschenhandels) durch den Einsatz von Sonder- beauftragten gewahrt werden konnte. Diese Identität ist auch in rund 50 Prozent der Syrien-, 60 Prozent der Westbalkan- und 70 bis 75 Prozent der Afghanistan- Verfahren gegeben.

Obwohl das Gesetz keine Identität von Anhörer und Entscheider vorgibt, sieht die Weisungslage im BAMF laut „Dienstanweisung Asyl“ vor, dass diese in der Praxis des BAMF grundsätzlich anzustreben ist. Die Identität von Anhörer und Entscheider in jedem einzelnen Asylfall einzuhalten, ist jedoch in der Praxis nicht möglich (z.B. aufgrund von Personalwechseln), und könnte zudem zu einer den Antragstellern gegenüber nicht zu verantwortenden Verzögerung der Asylverfahren führen. In der „Dienstanweisung Asyl“ ist deshalb festgelegt, dass der in der Anhörung vorgetragene Sachverhalt so ausführlich zu dokumen- tieren ist, dass auch ein Entscheider, der die Anhörung nicht selbst durchgeführt hat, die Entscheidung ohne weitere Sachverhaltsermittlung treffen kann.

* 1. Wie ist dies damit vereinbar, dass einige Verwaltungsgerichte eine Trennung von Anhörer und Entscheider für unzulässig halten (vgl. Ent- scheiderbrief 12/2012, S. 1 f., insbesondere Fußnote 2)?

# Das BAMF sieht die Identität von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren auch weiterhin als erstrebenswertes Ziel an, das jedoch wegen stark gestiegener Zugangszahlen im Asylbereich und fehlender personeller Ressourcen nicht im- mer eingehalten werden kann und zudem vom Gesetzgeber nicht gefordert wird.

§ 24 Absatz 1 AsylVfG bestimmt lediglich, dass das BAMF den Sachverhalt klärt und die erforderlichen Beweise erhebt. Hierzu hat es regelmäßig auch per- sönlich anzuhören. Die Norm fordert keinen konkret bestimmten oder bestimm- baren Bediensteten. Auch § 25, die Grundnorm des AsylVfG zu Anhörungen, sagt nichts darüber aus, wer die Anhörung durchzuführen hat. Nach § 5 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG entscheidet das BAMF über Asylanträge. Der Leiter des BAMF sorgt für die ordnungsgemäße Organisation der Asylverfahren (§ 5 Absatz 2 Satz 2 AsylVfG). Das Gesetz macht lediglich Vorgaben hinsichtlich der Ent- scheidung, nicht aber hinsichtlich deren Vorbereitung. Es kommt grundsätzlich nur darauf an, dass die Entscheidung der zuständigen Behörde zuzurechnen ist und nicht darauf, welcher Bedienstete sie unter welchen Umständen getroffen hat (so schon das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in dem auch heute noch aktuellen Beschluss vom 13. Mai 1996 – 9 B 174.96). Das BVerwG widersprach damit dem Verwaltungsgericht (VG) München, das in mehreren Entscheidungen die Ablehnung eines Asylantrags als offensichtlich unbegründet bei fehlender Identität von Anhörer und Entscheider als unzulässig angesehen hatte. Laut BVerwG ist das Verwaltungsverfahren beim BAMF nicht mit einem gericht- lichen Verfahren vergleichbar. Das Erfordernis der VwGO, wonach eine Ent- scheidung nur von demjenigen gefällt werden dürfe, der an der Verhandlung teil- genommen habe, die der Entscheidung zugrunde liegt, gelte für das Verfahren beim BAMF nicht. Etwas anderes führe zu einer systemwidrigen Konvergenz von Judikative und Exekutive und gefährde auch die verfassungsmäßig ge- botene zügige Bescheidung. Denn schon angesichts schwankender Zugänge, eines oft engen „Fristenkorsetts“ und der Notwendigkeit eines effektiven Ver- fahrens müssten Entscheider dort eingesetzt werden können, wo hohe Zugänge seien oder Ausfälle aufgefangen werden müssten.

Im Übrigen sehen auch die Verwaltungsgerichte, die laut Fußnote 2 des Ent- scheiderbriefs 12/2012 bei fehlender Identität von Anhörer und Entscheider Kri- tik an der Praxis des BAMF geäußert hatten, so entstandene Bescheide nicht als fehlerhaft an.

Darüber hinaus sind im Entscheiderbrief 12/2012 (Fußnote 1) auch Verwal- tungsgerichte aufgeführt, die bei fehlender Identität von Anhörer und Entschei- der den ergangenen Bescheid nicht als fehlerhaft ansehen (VG Magdeburg, U. v.

1. September 2012 – 2 A 65/12 MD; VG Darmstadt, U. v. 27. August 2012 – 7 K 250/10.DA.A). Die Annahme einer Rechtswidrigkeit sei laut VG Magde- burg allenfalls dann denkbar, wenn die Trennung im konkreten Fall tatsächlich zu einem Rechtsfehler geführt habe.
   1. Inwieweit beabsichtigt das BAMF, die neue gesetzliche Möglichkeit zu nutzen, dass von einer Anhörung abgesehen werden kann, wenn das BAMF einem Antrag stattgeben will (was zum Beispiel bei syrischen Flüchtlingen zu sofortigen Anerkennungsentscheidungen genutzt wer- den könnte; bitte die Vor- und Nachteile eines solchen Verfahrens aus Sicht des BAMF bzw. aus Sicht der Asylsuchenden darstellen, etwa auch in Hinblick auf eine spätere Widerrufsprüfung)?

# Bei syrischen Antragstellern wird vom BAMF zur Vorbereitung der Anhörung in einem Pilotprojekt ein spezieller Fragebogen eingesetzt. Die Antragsteller er- halten Gelegenheit, vorab schriftlich die Gründe darzulegen, aufgrund derer sie

internationalen Schutz begehren und – soweit dies nicht bereits im Rahmen der Antragsannahme erfolgte – Unterlagen vorzulegen oder zu benennen, die geeig- net sind, ihre Herkunft aus Syrien und/oder Gefährdung bzw. Verfolgungstat- bestände zu belegen bzw. glaubhaft zu machen. Da wegen der hohen Zugangs- zahlen Anhörungen nicht zeitnah durchgeführt werden können, soll mit dieser Verfahrensweise die Möglichkeit eröffnet werden, durch die schriftliche Erklä- rung die Voraussetzungen für eine Schutzgewährung darzulegen. Kann dem Asylantrag bereits nach Aktenlage voll entsprochen werden, ist eine zeitnahe Entscheidung möglich und es kann nach § 24 Absatz 1 Satz 4 erste Alternative AsylVfG von einer persönlichen Anhörung abgesehen werden. Ob dieses Ver- fahren eine Zeitersparnis mit sich bringt und welche Vor- oder Nachteile sonst entstehen könnten, wird eine Evaluierung des Pilotprojektes zeigen.

* 1. Wie wird begründet, dass eine solche Anerkennung ohne vorherige Anhörung nach § 24 Absatz 1 Satz 5 AsylVfG nur möglich ist bei An- trägen, die ausschließlich auf internationalen Schutz gerichtet sind (nach § 13 Absatz 2 Satz 2 AsylVfG), und welche Konsequenzen hat ein solcher Verzicht auf die Prüfung von Asylgründen im Sinne des Ar- tikels 16a GG?

# Die Fragesteller übersehen, dass nach § 24 Absatz 1 Satz 4 AsylVfG auf eine Anhörung auch dann verzichtet werden kann, wenn das BAMF den Ausländer als asylberechtigt anerkennen will.

* 1. Welche (gegebenenfalls auch herkunftsländerspezifischen) Angaben lie- gen vor, bzw. welche ungefähre Einschätzung kann die Bundesregierung dazu abgeben, wie viele der Folgeanträge von Personen stammen, die in der Vergangenheit abgelehnt wurden, ausgereist oder abgeschoben wor- den sind und nach einem nicht nur kurzfristigen Aufenthalt im Ausland wieder nach Deutschland eingereist sind, bzw. von Personen, die nach ei- ner Ablehnung in Deutschland verblieben sind, etwa als Geduldete auf- grund von Abschiebungshindernissen?

# Valide Angaben im Sinne der Frage liegen der Bundesregierung nicht vor, da im Rahmen des Asylverfahrens die in der Frage genannten Angaben ggf. technisch nicht so erfasst werden, dass sie automatisiert ausgewertet werden könnten. Eine händische Auswertung aller ca. 17 000 betroffenen Asylakten aber wäre zu auf- wendig.

Auswertungen von Daten des Ausländerzentralregisters lassen allenfalls grobe Tendenzaussagen zu Teilaspekten der Frage zu. Danach sind von den Personen, die mit einem im Jahr 2013 gestellten Asylfolgeantrag erfasst sind, etwa zwei Drittel im Jahr 2013 erneut nach Deutschland eingereist, nachdem sie bereits bei einem früheren Aufenthalt in Deutschland einen Asylerstantrag gestellt hatten. Bei Folgeantragstellern aus den Westbalkanstaaten liegt dieser Anteil insgesamt bei etwa 80 Prozent, bei Syrern bei unter 10 Prozent und bei Personen aus der Russischen Föderation bei unter 40 Prozent.

* 1. Wie hat sich die Verfahrensdauer bei Asylsuchenden, die nicht aus Län- dern des Westbalkan kommen, im vierten Quartal 2013 gegenüber dem vorherigen Quartal 2013 entwickelt, und wie hoch war im vierten Quartal 2013 bzw. im Gesamtjahr 2013 die bereinigte Gesamtschutzquote in Be- zug auf diese Länder (ohne Westbalkan)?

# Die Verfahrensdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Asylsuchen- den, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen, betrug im vierten Quartal 2013 durchschnittlich 8,7 Monate und im dritten Quartal 2013 durchschnittlich

8,5 Monate. Die sog. bereinigte Gesamtschutzquote von Asylsuchenden, die nicht aus Ländern des Westbalkans kommen, betrug 62,4 Prozent im vierten Quartal 2013 und 55,5 Prozent im gesamten Jahr 2013.

* 1. Wie ist die aktuelle Entwicklung der Asylsuche von Personen aus Serbien und Mazedonien und anderen Ländern des Westbalkan, und wie wird die Entwicklung für die nächsten Monate eingeschätzt?

# Zur aktuellen Entwicklung der Asylzugänge aus Serbien und Mazedonien und anderen Ländern des Westbalkan wird zunächst auf die Ausführungen der in Frage 23 von der Fragesteller zitierten Pressemitteilung verwiesen. Ergänzend hierzu ist bezogen auf Albanien eine deutliche Erhöhung der Zahl der Asyl- anträge festzustellen: nach 87 Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge) im Jahr 2011 wurden 251 im Jahr 2012 und 1.295 im Jahr 2013 gezählt. Die Asyldaten im Januar 2014 deuten – bezogen auf den Westbalkan – auf insgesamt weiterhin eher steigende Asylzahlen auch in den nächsten Monaten hin.

* 1. Wie ist die aktuelle Entwicklung der Asylsuche von Personen aus Russ- land bzw. Tschetschenien, und wie wird die Entwicklung für die nächsten Monate eingeschätzt?

# Zur aktuellen Entwicklung der Asylzugänge aus der Russischen Föderation wird zunächst auf die Ausführungen der in Frage 23 von der Fragesteller zitierten Pressemitteilung verwiesen. Die aktuellen Asylzahlen deuten kurzfristig auf eher gleichbleibende monatliche Zugänge aus diesem Herkunftsland hin.

* 1. Wie ist die allgemeine Prognose des BAMF in Bezug auf die Entwicklung der Zahl der Asylsuchenden für das Jahr 2014, und auf welchen konkreten Annahmen beruht diese Prognose (bitte so detailliert und länderspezifisch wie möglich antworten)?

# Angesichts der Entwicklungen im Jahr 2013 geht die Bundesregierung davon aus, dass die Asylzahlen des Jahres 2014 nicht unter denen des Jahres 2013 liegen werden. Ein weiterer Anstieg für das gesamte Jahr 2014 auf etwa 140 000 Erst- und 20 000 Folgeanträge erscheint derzeit plausibel.

Die Zugangseinschätzung beruht auf folgenden Entwicklungen:

Erfahrungsgemäß sind die Zugangszahlen im ersten Halbjahr niedriger als im zweiten Halbjahr. Jedoch beginnt das Jahr 2014 mit deutlich höheren Zugängen als das Jahr 2013. Dies lässt auf einen weiteren Anstieg der Asylanträge im Jahr 2014 schließen.

Innerhalb der EU hat die Attraktivität Deutschlands als Zielland im Jahr 2013 weiter zugenommen. Der Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen im Süden und Südosten aus asiatischen und afrikanischen Staaten ist stark und wird im Lauf des Jahres 2014 wahrscheinlich weiter zunehmen.

Die Zugangszahlen aus Serbien, Mazedonien, Kosovo sowie Bosnien-Herzego- wina betrugen im Jahr 2013 zusammen ca. ein Viertel aller Erstantragsteller. Bei den Folgeantragstellern waren es mit 12 305 von insgesamt 17 443 sogar 70 Pro- zent aller Folgeanträge. Im Dezember kamen ca. 31 Prozent aller Erstantrag- steller aus diesen Staaten. Auch die Anträge von albanischen Staatsangehörigen sind im letzten Quartal des Jahres 2013 nochmals deutlich gestiegen. Für eine Trendwende bei den Zugangszahlen aus diesen Staaten gibt es derzeit keine Hinweise.

Syrien war sowohl im Dezember 2013 als auch im Jahresverlauf 2013 das zweit- stärkste Herkunftsland. Auch hier ist weiterhin mit einer hohen Zahl von Asyl- anträgen zu rechnen, da sich eine Lösung des bewaffneten Konflikts nicht ab- zeichnet.

Die Länder Afghanistan, Iran, Irak und Pakistan sorgen weiterhin für hohe Asyl- zugänge in Deutschland. Es gibt keine Erkenntnisse, dass sich hieran in nächster Zeit etwas ändern wird.

Die Asylanträge aus nord- und zentralafrikanischen Ländern sind 2013 ins- gesamt angestiegen. Die Erstanträge aus Somalia und Eritrea haben sich im Jahr 2013, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, erheblich erhöht. Diese Länder zählen nunmehr zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern. Eine Ände- rung dieser Entwicklung ist derzeit nicht anzunehmen.

* 1. Wie ist die aktuelle Personalstruktur des BAMF in absoluten und relativen Zahlen und nach Personalstellen und Kosten differenziert (bezüglich der inhaltlichen Aufgabenbereiche bitte so genau wie möglich antworten und mindestens nach Abteilungs- und Gruppenebene aufgliedern)?

# Angaben zur Personalstruktur können der folgenden Aufstellung entnommen werden:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Personalstruktur (Auf BAMF-Arbeitsplätzen beschäftigtes Personal) | | | |
| Stand: 1. Februar 2014 | Absolut | Relativ | Kosten |
| Amtsleitung inkl. Leitungsstab | 16,1 | 0,7 % | 833 480 € |
| EU-Fonds | 18,4 | 0,9 % | 952 548 € |
| Prüfbehörde, Bescheinigungsbehörde | 18,4 | 0,9 % | 952 548 € |
| Abteilung 1  Zentrale Dienstleistungen, Personalmanagement | 246,4 | 11,4 % | 12 755 864 € |
| Leitung | 4,0 | 0,2 % | 207 076 € |
| Gruppe 11  Personal und Ressourcen | 159,2 | 7,4 % | 8 241 614 € |
| Gruppe 12  Organisation, Informationstechnik, Statistik | 83,2 | 3,8 % | 4 307 175 € |
| Abteilung 2  Internationale Aufgaben, Migration, Forschungszentrum | 216,3 | 10,0 % | 11 197 620 € |
| Leitung | 6,4 | 0,3 % | 331 321 € |
| Gruppe 21  Internationale Aufgaben, EU-Fondsverwaltung | 105,7 | 4,9 % | 5 471 976 € |
| Gruppe 22  Grundsatzfragen der Migration, Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM) | 71,7 | 3,3 % | 3 711 832 € |
| Gruppe 23  Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl | 32,5 | 1,5 % | 1 682 490 € |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Personalstruktur (Auf BAMF-Arbeitsplätzen beschäftigtes Personal) | | | |
| Stand: 1. Februar 2014 | Absolut | Relativ | Kosten |
| Abteilung 3  Integration und Gesellschaftlicher Zusammenhalt | 185,8 | 8,6 % | 9 618 667 € |
| Leitung | 4,8 | 0,2 % | 248 491 € |
| Gruppe 31  Grundsatzfragen der Integration, Integrationsmaßnahmen | 66,4 | 3,1 % | 3 437 457 € |
| Gruppe 32  Sprachliche Bildung, Migrationsberatung | 114,6 | 5,3 % | 5 932 719 € |
| Abteilung 4  Grundlagen des Asylverfahren, Sicherheit | 130,3 | 6,0 % | 6 745 492 € |
| Leitung | 3,0 | 0,1 % | 155 307 € |
| Referate 410–416 | 127,3 | 5,9 % | 6 590 185 € |
| Abteilung 5  Durchführung von Asylverfahren, Regionalkoordination der Integration | 1 231,20 | 56,9 % | 63 737 907 € |
| Leitung | 5,8 | 0,3 % | 300 260 € |
| Gruppe MA  Regionalstellen Asylverfahren und Integration | 589,2 | 27,2 % | 30 502 254 € |
| Gruppe MB  Regionalstellen Asylverfahren und Integration | 512,2 | 23,7 % | 26 516 046 € |
| Gruppe MC  Verfahren der Zentrale | 124,0 | 5,7 % | 6 419 347 € |
| Zwischensumme | 2 044,5 | 94,5 % |  |
| Mitarbeiter in der Freistellungsphase Altersteilzeit | 55,0 | 2,5 % | 2 847 291 € |
| Mitarbeiter auf Arbeitsplätzen bei anderen Behörden be- schäftigt (i. d. R. Abordnungen) | 63,8 | 2,9 % | 3 302 858 € |
| Gesamtsumme | 2 163,3 | 100,0 % | 111 991 726 € |

* 1. Wie ist die Erklärung des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière: „Wir brauchen schneller Klarheit darüber, wer tatsächlich schutzbedürftig ist und wer nicht, zumal nur knapp 14 Prozent der Anträge anerkannt wurden. Das dient dem Interesse der wirklich Schutzbedürf- tigen“ [(www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/01/](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/01/) asylzahlen\_2013.html?nn=3314802) – d. h. dass angeblich nur knapp 14 Prozent aller Asylsuchenden wirklich schutzbedürftig seien –, zu be- gründen, angesichts des Umstands, dass die Gesamtschutzquote im Jahr nach einer Meldung des Mediendienstes Integration vom 14. Januar 2014 nicht 14 Prozent, sondern 25 Prozent betrug – und wenn nur inhaltliche Entscheidungen betrachtet werden, sogar knapp 40 Prozent (www.me- diendienst-integration.de: „Rund 40 Prozent der inhaltlichen Entscheidun- gen waren positiv“)?

# Bei der von den Fragestellern genannten Anerkennungsquote von knapp 14 Pro- zent handelt es sich um die Quote der Flüchtlingsanerkennungen, wie der zitier- ten Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern eindeutig zu entneh- men ist: „Insgesamt 10 915 Personen erhielten im Jahr 2013 die Rechtsstellung

eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (13,5 Prozent aller Asylbewer- ber). Zudem erhielten 9 213 Personen (11,4 Prozent) so genannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Absatz 2, 3, 5 und 7 AufenthaltG), darunter 5 795 Syrer.“ Auch alle anderen relevanten statistischen Angaben kön- nen dieser Pressemitteilung entnommen werden, so dass es den Fragestellern überlassen bleibt, welche Bewertungen sie hieraus ableiten wollen.

* 1. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass in offiziellen Darstellungen und Mitteilungen, wie der oben zitierten des Bundesinnen- ministers, auf die Gesamtschutzquote abgestellt werden sollte, wenn es darum geht, zu benennen, wie viele Asylsuchende in der Entscheidungs- praxis des BAMF als „wirklich schutzbedürftig“ angesehen werden, zu- mal nach § 2 Absatz 13 AufenthG als „international Schutzberechtigte“ sowohl anerkannte Flüchtlinge als auch subsidiär Schutzberechtigte gel- ten, was den EU-Asylrichtlinien entspricht, in denen Flüchtlingen wie subsidiär Schutzberechtigten ein „internationaler Schutz“ zugesprochen wird (bitte begründen)?

# Die Bundesregierung verweist auf die in der Antwort zu Frage 23 zitierte Pas- sage in der von den Fragestellern erwähnten Pressemitteilung des Bundesminis- teriums des Innern. Eine Notwendigkeit, die Darstellung der monatlichen Asyl- zahlen im Sinne der Fragestellung zu ändern, wird nicht gesehen.

* 1. Wie begründet der Präsident des BAMF, Dr. Manfred Schmidt, seine in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ vom 14. Januar 2014 („Hartz IV ist ein Anreiz, hier zu überwintern“) geäußerte Auffassung, Wiederein- reisesperren seien „sinnvoll, sowohl für Einwanderer in die Sozialsysteme als auch für abgelehnte Flüchtlinge“ (bitte auch darlegen, ob diese Inter- viewaussage autorisiert worden war)?
     1. Was hat er in diesem Zusammenhang unter „Einwanderer in die Sozial- systeme“ verstanden?

Sind hierunter Einwanderer zu verstehen, die einen Antrag auf Sozial- hilfe gestellt haben, deren Antrag genehmigt oder abgelehnt wurde, die tatsächlich Sozialhilfe erhalten haben (und wenn ja, ab welcher Höhe, und über welche Zeiträume, und welche Rolle spielt es, dass ein Rechtsanspruch auf diese Hilfe bestand), und inwieweit soll eine Ge- währung oder Ablehnung von Hilfen des Sozialsystems eine Wieder- einreisesperre rechtfertigen können (bitte in Auseinandersetzung mit der Rechtslage und rechtsstaatlichen Verhältnismäßigkeitsprinzipien darlegen)?

* + 1. Was hat der Präsident des BAMF in diesem Zusammenhang unter „ab- gelehnten Flüchtlingen“ verstanden (bitte darlegen), und inwieweit soll eine Ablehnung von Flüchtlingen, etwa im Asylverfahren, eine Wiedereinreisesperre begründen können (bitte in Auseinandersetzung mit der Rechtslage und rechtsstaatlichen Verhältnismäßigkeitsprinzi- pien darlegen)?
    2. Wie bewertet die Bundesregierung diese Äußerung des Präsidenten des BAMF, und wird sie seine Anregung zum Thema Wiedereinreisesper- ren bei einer entsprechenden Gesetzesinitiative aufnehmen (bitte dar- legen)?

# Die Fragen 25, 25a bis 25c werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemein- sam beantwortet.

Interviews des Präsidenten des BAMF werden immer von der Pressestelle des BAMF autorisiert, so auch das von den Fragestellern genannte Interview mit der Zeitung „DIE WELT“ vom 14. Januar 2014.

Die in diesem Interview gemachten Äußerungen zum Thema Wiedereinreise- sperre beziehen sich auf folgenden Sachverhalt: Unter den Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, ist ein wachsender Anteil von Personen, die keinerlei Schutzgründe vorweisen können, sondern die nach eigenen Schil- derungen ihr Land verlassen, weil sie sich erhoffen, ihre wirtschaftlich prekären Lebensverhältnisse im Herkunftsland durch einen Asylantrag in Deutschland zu verbessern. Dies ist nach der gültigen Rechtslage jedoch kein Grund zur Schutz- gewährung, die Anträge dieser Personen müssen abgelehnt werden.

Im Jahr 2013 war zudem eine überproportional starke Zunahme von Asyl- folgeanträgen von Personen zu verzeichnen, deren Erstanträge im Jahr zuvor be- reits abgelehnt worden waren und die auch bei der erneuten Antragstellung keine schutzrelevanten Gründe vorweisen konnten.

Die Aussage des Präsidenten des BAMF bezog sich auf diese Personengruppen. Der von den Fragestellern unterstellte Sinnzusammenhang zwischen der Ge- währung oder Ablehnung von Hilfen des Sozialsystems einerseits und einer Wiedereinreisesperre andererseits wurde vom Präsidenten des BAMF in seinen Aussagen nicht hergestellt.

Im Übrigen prüft die Bundesregierung derzeit Maßnahmen für eine bessere Steuerung der Zuwanderung und eine Bekämpfung der Ursachen von unfreiwil- liger Migration und Flucht.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, [www.heenemann-druck.de](http://www.heenemann-druck.de/) Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, [www.betrifft-gesetze.de](http://www.betrifft-gesetze.de/)

ISSN 0722-8333